

Klaus Matthies

Gebremster Preisanstieg bei Rohstoffen

Der HWWA-Rohstoffpreisindex hat sich in diesem Jahr kräftig erhöht. Industrierohstoffe verteuerten sich allerdings hauptsächlich zu Beginn des Jahres, ab dem zweiten Quartal stagnierten sie. Die Preise für Rohöl, die bis Ende September auf den höchsten Stand seit 16 Monaten geklettert waren, gingen seither deutlich zurück. Ist durch die langsamere Erholung der Weltwirtschaft mit einer erneuten Verbilligung von Rohstoffen zu rechnen?

Die Weltmarktpreise für Rohstoffe sind, gemessen am HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, seit Ende vergangenen Jahres um ein Drittel gestiegen. Für die Stärke des Anstiegs war vor allem die Entwicklung bei Energierohstoffen verantwortlich, Rohöl verteuerte sich in den ersten zehn Monaten dieses Jahres um rund die Hälfte. Im Oktober begannen die Ölpreise allerdings bereits zu sinken, Anfang November fiel die Notierung für Brentöl auf 24 \$. Der Preisindex für Nahrungs- und Genußmittel begann erst im zweiten Halbjahr kräftiger zu steigen, als Angebotsverknappungen die Notierungen für Getreide, Ölsaaten und Kakao deutlich anziehen ließen. Industrierohstoffe verteuerten sich seit ihrem Tiefstand Ende des vergangenen Jahres bis zum Oktober um insgesamt 8%, allerdings erfolgte der Anstieg bereits im ersten Quartal, danach gab es nur noch geringe Veränderungen (vgl. HWWA-Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe, S. 699).

Die Erholung der Industrierohstoffpreise zu Beginn des Jahres erfolgte angesichts sich mehrender Anzeichen für eine Besserung der Weltkonjunktur. Dabei spielten umfangreiche spekulative Käufe großer Rohstofffonds eine erhebliche Rolle. Die physische Nachfrage nach diesen Rohstoffen blieb dagegen zumeist eher verhalten. Das zögerliche Tempo der wirtschaftlichen Erholung und zunehmend pessimistischere Einschätzungen führten im zweiten Quartal an den Rohstoffmärkten zu Zweifeln an der Robustheit der Nachfragesteigerung bei Industrierohstoffen und zu einem Strategiewechsel bei den Terminfonds.

Zudem ist das Angebot bei etlichen Industrierohstoffen weiterhin reichlich. An den üblicherweise besonders konjunktur reagiblen Metallmärkten reicht die laufende Produktion angesichts relativ hoher Vorräte gegenwärtig aus, die nur allmählich zunehmende Nachfrage zu befriedigen. In den ersten acht Monaten

stieg der Verbrauch an NE-Metallen in der Welt im Vorjahresvergleich um 2%, nach einem Rückgang im Jahr 2001 um 4%. Besonders ausgeprägt war die Erholung in den ostasiatischen Schwellenländern und in China (vgl. Abbildung 1). Das Angebot ist, insbesondere bei Aluminium, durch weiter zunehmende Produktionskapazitäten, vor allem in Asien, gekennzeichnet. Entsprechend werden nunmehr, wie auch bei Kupfer, für dieses und nächstes Jahr Produktionsüberschüsse erwartet. Relativ gering fiel die Abschwächung im Sommer bei Nickel aus. Der Nickelpreis war in diesem Jahr deutlich gestiegen, vor allem aufgrund optimistischer Erwartungen hinsichtlich der Nachfrageentwicklung bei Edelstahl.

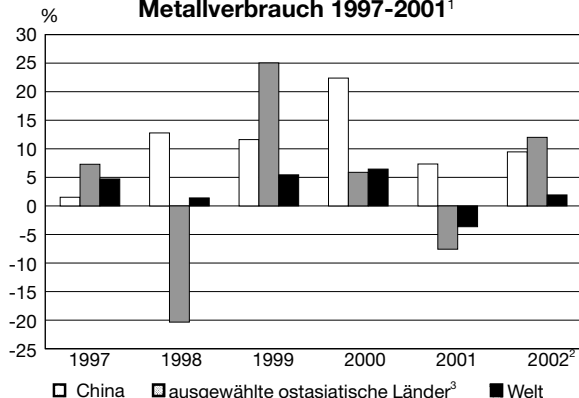
Die langsam fortschreitende, wenn auch fragile, Erholung der Weltwirtschaft, läßt eine weitere Zunahme beim Verbrauch von Industrierohstoffen erwarten. Insbesondere in einigen asiatischen Ländern, die in den neunziger Jahren – mit Ausnahme der Asienkrise – wesentlichen Anteil am zusätzlichen Metallverbrauch hatten, zeichnet sich ein weiterer Anstieg der Nachfrage ab. Die Preise für Industrierohstoffe dürften daher ihren in diesem Jahr begonnenen Anstieg wieder aufnehmen. Der Anstieg wird angesichts der noch verhaltenen Produktionsentwicklung und wohl nur langsamer Lageraufstockung sowie umfangreicher freier Kapazitäten bei den Rohstoffproduzenten zunächst moderat sein. Stärkere Preiserhöhungen dürften sich erst im späteren Verlauf des Jahres 2003, mit wieder kräftigerem Wirtschaftswachstum, einstellen. Die Rohstoffgruppe der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Konjunkturinstitute (AIECE)¹ rechnet in ihrer jüngsten Prognose² damit, daß die Preise für Industrierohstoffe erst im Lauf des nächsten Jahres wieder kräftiger steigen (vgl. Abbildung 2). Im Durchschnitt dieses Jahres wird sich nochmals ein Rückgang der

¹ An den Prognosen der Gruppe sind neben dem HWWA acht weitere Forschungsinstitute aus europäischen Ländern beteiligt, vgl. <http://www.etla.fi/hwwa>

² Vgl. den Herbstbericht 2002 der AIECE-Rohstoffgruppe: Emmanuel Hache: World Commodity Prices 2002-2003, COE, Paris, Oktober 2002. Eine Zusammenfassung findet sich unter <http://www.hwwa.de/rohind/sumOct02.pdf>

Klaus Matthies, 55, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Internationale Makroökonomie“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) in Hamburg.

Abbildung 1
Metallverbrauch 1997-2001¹



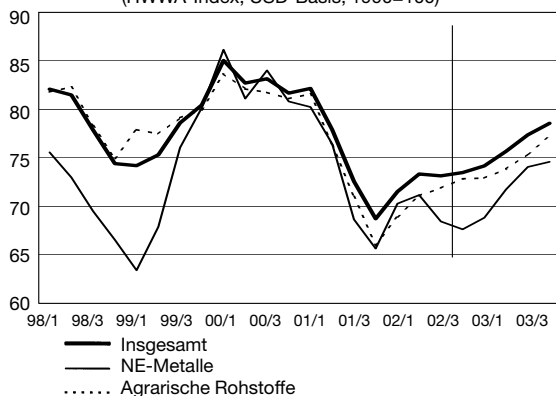
¹ Basismetalle (Aluminium, Blei, Kupfer, Nickel, Zink, Zinn); jährliche Änderungen in %; ² Januar bis Juni; ³ Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand.

Quelle: World Bureau of Metal Statistics; Berechnungen des HWWA.

Preise für Industrierohstoffe um 3% ergeben – nach – 9% im Jahr 2001 –, im Jahr 2003 wird ein Anstieg um 5% erwartet.

Der vorübergehende Anstieg der Rohölpreise in diesem Jahr auf den höchsten Stand seit 16 Monaten (vgl. Abbildung 3) erfolgte trotz grundsätzlich reichlicher Ölversorgung. Die Weltnachfrage, die im vergangenen Jahr noch um 0,3% gestiegen war, sank im ersten Halbjahr, zeigt aber mittlerweile wieder steigende Tendenz. Die Verbrauchsmenge wird in diesem Jahr den Vorjahresstand kaum übertreffen, im kommenden Jahr wird sie nach den jüngsten Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur (IEA)³ um 1,4% steigen. Das Angebot, das im vergangenen Jahr kaum ausgeweitet wurde, ging in diesem Jahr zunächst ebenfalls zurück, nachdem die OPEC-Länder eine Senkung der

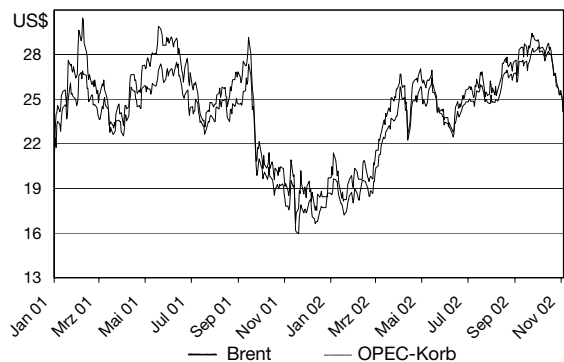
Abbildung 2
Industrierohstoffpreise¹ 1998-2003
(HWWA-Index, USD-Basis, 1990=100)



¹ Quartalwerte; ab 4. Quartal 2002: Prognose.

Quelle: AIECE-Rohstoffgruppe, Oktober 2002.

Abbildung 3
Weltmarktpreise für Rohöl¹ 2001-2002



¹ Spotpreise fob je Barrel, Tageswerte.

Quelle: OPEC, Thopson Datastream.

Förderquoten zum Jahresbeginn beschlossen hatten. Mittlerweile überschreitet die Förderung der Mitgliedsländer jedoch bereits wieder das Niveau vor der Einschränkung. Im nächsten Jahr wird das Ölangebot außerhalb der OPEC tendenziell weiter erhöht werden, vor allem weil die russische Ölförderung, die schon seit Ende der neunziger Jahre stärker zunimmt, auch im nächsten Jahr wieder ausgeweitet werden soll. Die OPEC-Länder werden daher, sieht man von möglichen krisenbedingten Versorgungsproblemen ab, auch im nächsten Jahr ihre Fördermengen begrenzen müssen, wenn die Ölpreise das von ihnen gewünschte Niveau von etwa 25 \$ je Barrel⁴ halten sollen.

Wesentlicher Grund für den Preisanstieg in diesem Jahr waren die Spannungen im Nahen Osten und die damit verbundene Sorge um die Sicherheit der Ölversorgung aus der wichtigsten Lieferregion. Die Möglichkeit eines Militärschlags der USA gegen den Irak ließ den Preis für Brentöl bis Ende September auf 29 \$ je Barrel anziehen. Die Bedenken in den Verbraucherländern, daß das erhöhte Ölpreinsniveau die wirtschaftliche Erholung behindert, führten zu der Erwartung, daß die OPEC-Länder ihre Produktionsbeschränkungen lockern würden. Auf der turnusmäßigen Konferenz im September wurde jedoch vereinbart, die Fördergrenzen der zehn Länder⁵ zunächst unverändert zu lassen und die Lage im Dezember erneut zu prüfen. Die Minister waren überwiegend der Ansicht, daß die Ölversorgung ausreichend ist und die hohen Preise nicht fundamentale Faktoren, sondern die Sorge über einen Krieg gegen den Irak widerspiegeln.

Die getroffene Entscheidung hat für die tatsächlich geförderten Ölmengen gegenwärtig nur wenig

³ Vgl. IEA Oil Market Report, November 2002.

⁴ Durchschnittspreis der Ölsorten im „OPEC-Korb“.

⁵ Der Irak fällt nicht unter die Vereinbarungen.

OPEC: Ölförderquoten und Förderanpassung

(in Mill. Barrel pro Tag)

	Vereinbarte Quoten		Fördermengen im Monat:			Änderung seit Dezember in %	Förder- kapazität ¹
	ab 1.1.2002	Dezember 2001	Januar 2002	September 2002	Oktober 2002		
Algerien	0,69	0,86	0,79	0,93	0,95	10,5	1,10
Indonesien	1,13	1,18	1,15	1,11	1,12	-5,1	1,18
Iran	3,19	3,40	3,43	3,60	3,60	5,9	3,90
Kuwait	1,74	1,98	1,87	1,88	1,89	-4,8	2,40
Libyen	1,16	1,30	1,27	1,34	1,34	3,1	1,45
Nigeria	1,79	2,09	2,00	1,99	1,94	-7,2	2,20
Qatar	0,56	0,60	0,57	0,68	0,70	16,7	0,75
Saudi-Arabien	7,05	7,59	7,27	7,88	8,02	5,6	10,50
VAE	1,89	2,00	1,91	2,01	2,01	0,5	2,50
Venezuela ²	2,50	2,67	2,57	2,58	2,63	-1,5	2,45
OPEC (ohne Irak)	21,70	23,67	22,83	23,99	24,18	2,2	28,43
Irak ³		2,00	2,26	1,88	2,45	22,5	2,80
OPEC insgesamt		25,67	25,09	25,87	26,63	3,7	31,23

¹ Dauerhaft. ² Ohne Ölmengen aus Orinoco-Schweröl. ³ Der Irak ist nicht in die Quotenvereinbarungen einbezogen.

Quelle: IEA, OPEC.

Bedeutung. Die OPEC-Länder hatten in den vorangegangenen Monaten ihre Quoten wieder zunehmend überschritten, vor der September-Konferenz waren es bereits 2 Mill. Barrel pro Tag, etwa 10% der vereinbarten Mengen. Die gesamte OPEC-Förderung liegt mittlerweile um 1 Mill. Barrel pro Tag über der Menge vor der Kürzung zu Jahresbeginn (vgl. Tabelle).

Der Zeitpunkt für eine Militäraktion gegen das Regime im Irak ist durch die vorgesehene Rückkehr der UN-Waffeninspektoren ins Land und durch das Bestreben der US-Regierung, möglichst im Rahmen einer breiten Koalition vorzugehen, wieder weiter in die Ferne gerückt. Entsprechend haben die Ölnotierungen, unterstützt durch das zunehmende Ölangebot aus den OPEC-Ländern, bis Anfang November einen großen Teil ihrer „Krisenprämie“ verloren. Für die OPEC gibt es daher wenig Anlaß, im Dezember die Fördergrenzen heraufzusetzen. Mit einem zumindest vorübergehend deutlichen Anziehen der Ölpreise wäre erst bei einer erneuten Zuspitzung, wie der Konkretisierung eines Militärschlags, zu rechnen. Im Golfkonflikt 1990, der allerdings zu einem weitgehenden Ausfall der kuwaitischen und irakischen Ölförderung – insgesamt mehr als 4 Mill. Barrel pro Tag – führte, stiegen die Spotnotierungen für Brentöl zeitweise auf über 40 \$. Der Höhenflug dauerte jedoch nicht lange, weil Saudi-Arabien die fehlenden Ölmengen rasch durch Ausweitung der eigenen Produktion ausglich.

In der gegenwärtigen Situation sind weniger die – gegenüber damals stark reduzierten – irakischen Ölexporte von Bedeutung als vielmehr die weit umfangreicheren Lieferungen aus Saudi-Arabien und anderen wichtigen Förderländern in der Region. Die kurzfristig verfügbaren freien Kapazitäten der OPEC-Länder ohne den Irak belaufen sich auf über 4 Mill. Barrel pro Tag,

rund die Hälfte davon in Saudi-Arabien (vgl. Tabelle), doch sind Entwicklungen möglich, die die Fähigkeit zum Ausgleich stark vermindern könnten. Falls die Ölversorgung im Zuge einer Militäraktion gegen den Irak nicht beeinträchtigt wird oder der Ausfall nur irakisches Öl betrifft, wird sich die Lage an den Ölmärkten rasch normalisieren. So ging Anfang 1991 im Golfkrieg der Ölpreisanstieg in dem Moment zu Ende, als die Luftangriffe auf irakische Ziele begonnen hatten und sich ein Ende der Besetzung Kuwaits durch den Irak abzeichnete.

Die physische Versorgung würde durch einen Ausfall größerer Ölmengen zunächst nicht beeinträchtigt werden, da die Verbraucherländer in der Regel über größere Notstandsvorräte verfügen. Die Freigabe von strategischen Reserven allein aufgrund von Ölpreissteigerungen – zur Beruhigung der Märkte – ist in den Krisenplänen allerdings nicht vorgesehen. Daher hat sich der Energiekommissar der Europäischen Union im September dafür ausgesprochen, die Notstandsreserven auch zur Marktintervention einzusetzen⁶. Begründet wurde der Vorstoß damit, daß nicht die Unterbrechung der Versorgung, sondern das ökonomische Risiko einer starken Ölpreiserhöhung das eigentliche Problem für die Volkswirtschaften sei. Als möglicher Zeitpunkt des Eingreifens wurde mit Blick auf die aktuelle Lage eine Ölpreissteigerung auf über 30 \$ genannt. Bislang hat die Kommission bei den Mitgliedsländern allerdings keine Unterstützung gefunden. Es ist auch zu bezweifeln, daß eine Intervention der EU zur Preisberuhigung in einer Krisensituation erfolgreich sein kann.

⁶ Vgl. Europäische Kommission: Der Energiebinnenmarkt: Verbesserung der Energieversorgungssicherheit, Memo, Brüssel, September 2002, S.5.